

II-7777 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 392013

1989 -06- 0 9

A n f r a g e

der Abgeordneten Karas
und Kollegen

an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend EntschlieÙung des Nationalrates zum Bericht zur Lage
der Jugend in Österreich

Im vergangenen Jahr wurde zum ersten Mal ein Bericht der Frau Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie zur Lage der Jugend in Österreich in einem eigenen Unterausschuß des Familienausschusses und im Plenum des Nationalrates ausführlich diskutiert. Als Ergebnis dieser Beratungen faÙte der Nationalrat eine EntschlieÙung, in der die Bundesregierung insgesamt und darüber hinaus einzelne Bundesminister aufgefordert wurden, entsprechende Maßnahmen zu einer Verbesserung der Lage der Jugend in Österreich zu setzen.

Der den Bundesminister für Arbeit und Soziales betreffende Text der EntschlieÙung lautet:

"Der Bundesminister für Arbeit und Soziales möge sich dafür einsetzen, daÙ die Arbeitsbedingungen Jugendlicher verbessert und die Bemühungen zur Schaffung qualitativ befriedigender und gesellschaftlich erforderlicher Arbeitstätigkeiten fortgesetzt werden.

Der Bundesminister für Arbeit und Soziales wird weiters ersucht, die Berufsberatung hinsichtlich der tatsächlichen Möglichkeiten am Arbeitsmarkt, insbesondere hinsichtlich einer besseren Information weiblicher Jugendlicher über technische Berufe, sowie hinsichtlich der Arbeitsplatzanforderungen zu verbessern.

-2-

Ferner wird der Bundesminister für Arbeit und Soziales ersucht, die von der Arbeitsmarktverwaltung geförderten Bildungsveranstaltungen besser als bisher an die Anforderungen der Wirtschaft und Gesellschaft anzupassen sowie die Ausbildungs- und Umschulungsprogramme für Behinderte auch behindertengerecht zu gestalten.

Schließlich möge der Bundesminister für Arbeit und Soziales der Berufsintegration von Schulabbrechern sowie von AHS- und BHS-Absolventen ohne weitere Qualifikation ein besonderes Augenmerk schenken."

Angesichts der Tatsache, daß seit Beschlußfassung dieser EntschlieÙung bereits mehr als acht Monate verstrichen sind, stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Arbeit und Soziales folgende

A n f r a g e :

- 1) Welche Maßnahmen wurden zur Erfüllung dieser EntschlieÙung eingeleitet?
- 2) Wann werden Sie welche Maßnahmen, die der Erfüllung des EntschlieÙungsantrages gerecht werden, setzen?